

# Antrag Nr. 23-F-63-0050

## Grüne, SPD, Linke und Volt

---

### Betreff:

Auf die Herausforderungen des Klimawandels im demokratischen Diskurs angemessen reagieren  
-Ersetzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt zu Top I.8  
der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2023-

### Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Zivilen Ungehorsam als Mittel des politischen Protests erkennen wir als legitim an, Straftaten sind jedoch kein legitimes Mittel. Insbesondere verurteilen wir Straftaten, die sich gegen Würdenträger\*innen und Symbole unseres Staates richten und/oder als Mittel der politischen Auseinandersetzung genutzt werden.
2. Die Stadtverordnetenversammlung ist der Überzeugung, dass der Kampf gegen die Klimakrise eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist und schnelles sowie effektives Handeln erfordert. Dieser Herausforderung können wir jedoch nur auf demokratischem Wege und mit der Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen begegnen. Das ist oft anstrengend, aber als Demokrat\*innen sind wir überzeugt davon, dass dieser Weg nachhaltig zu einer guten Lösung führt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung betont die Notwendigkeit des parlamentarischen Diskurses als Ort der politischen Auseinandersetzung, in der unterschiedliche Sichtweisen aus der ganzen Bandbreite der Gesellschaft ihren Raum haben und Kompromisse ausgehandelt werden, um Mehrheiten zu erzielen. Wir sind überzeugt, dass sich dieser Weg bewährt hat und zu den tragfähigsten Lösungen führt.
4. Die "Letzte Generation" unterstreicht mit ihren Aktionen die Alternativlosigkeit eines sofortigen, konsequenten Handelns gegen die Klimakatastrophe: Ansonsten bliebe für nachfolgende Generationen keine lebenswerte Erde mehr. Dieses berechtigte Anliegen wird in Frage gestellt, wenn bei dem Protest Straftaten begangen werden. Dadurch besteht die Gefahr, dass die gesellschaftliche Akzeptanz für den Klimaschutz eher verloren geht, als dass sie gestärkt wird.
5. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt eine Gleichsetzung von Aktivist\*innen der "Letzten Generation" mit Terrorist\*innen oder Extremist\*innen, wie etwa jüngst durch den Begriff der "Klima-RAF", ab.
6. Als gewählte Wiesbadener Stadtverordnete bieten wir Klimaaktivist\*innen jederzeit Gespräche an. Auch die Forderungen der "Letzten Generation" verdienen es, diskutiert zu werden. Den Aufbau einer Drohkulisse, um Verhandlungen zu erzwingen, lehnen wir ab und begrüßen die Einsicht der "Letzten Generation" in ihrem Entschuldigungsschreiben vom 20.03.2023 an die Bürgermeister\*innen.

Wiesbaden, 24.03.2023